

## Inhalt

Vorwort	S. 3	Wir begrüßen neue Mitglieder	S. 14
Betrachtungen zu ARZV und BRZV	S. 4	Verabschiedung Ingrid Gall	S. 14
Führungswechsel beim BADV	S. 6	Zollsport	S. 16
BeHaVo tagte im Schlaubetal	S. 7	60 Jahre Gewerkschaftsmitgliedschaft	S. 17
Neue BJA V der BFD Mitte gewählt	S. 11	Gedenktafel	S. 19
BDZ hilft im Schadensfall	S. 12	Wir gratulieren herzlich	S. 20
Thema: Wechselschichtzulage	S. 13	Neues Beihilfebearbeitungssystem	S. 21

# Profitieren Sie vom Testsieger!



Seit Jahren bewertet der Wirtschaftsdienst **map-report** die Debeka Kranken- und Lebensversicherung mit Platz 1.

Geprüft wurden: Kundendienst, Vertrag und Bilanz.

Davon sollten Sie profitieren! Rufen Sie uns an.

**Debeka** Krankenversicherungsverein a. G.  
Lebensversicherungsverein a. G.  
*Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.*

### Ingo Puhl

Bezirksleiter

Gleditschstraße 38

10781 Berlin

Telefon (030) 2267 9067

Telefax (030) 2267 9068

Mobil (0172) 312 1270

Ingo.Puhl@debeka.de

### Impressum

**ZBB - Zoll und BImA, BADV, BZSt in Berlin & Brandenburg**

#### Redaktion, Herausgeber und Anzeigenannahme

BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft  
Bezirksverband Berlin-Brandenburg

[www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de)

Chefredakteur: Uwe Büttner

Großbeerenstr. 341-345,  
14480 Potsdam

Tel.: 0331/6461-594

Fax.: 0331/6461-599

e-mail: uwe.buettner@hotmail.de

#### Druck

Druckhaus Köthen GmbH  
PSF 1152, 06351 Köthen

#### Satz & Layout

Uwe Büttner

#### Fotos

mev, U.B., T.G., W.F.

#### Erscheinungsweise

vierteljährlich

#### Auflage

2500 Exemplare

Redaktionsschluß für 3/2010

31. August 2010

Die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernehmen Herausgeber und Redaktion keine Verantwortung.



*Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Fußballfans,*

*mit dem Titel hat es nun leider diesmal nicht geklappt – trotz guter spielerischer Leistungen der gesamten deutschen Mannschaft.*

*Solche Leistungen hätten wir Zöllner uns auch von unserer Mannschaft im BMF gewünscht – dann wäre uns wohl eine beförderungsfreie Zeit von jetzigem Ausmaß erspart geblieben. Und das Beförderungsgeschehen wird nun definitiv erst dann wieder einsetzen, wenn die Beurteilungen auf der Grundlage der neuen Beurteilungsrichtlinien der Zollverwaltung gefertigt sind. Ursache der jetzigen Situation war ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Darmstadt, welches die Beförderungsreihenfolgeliste der Zollverwaltung ausschließlich im Bereich A 10 in Frage stellte. Obwohl die letzte Instanz bis heute noch nicht gesprochen hat, machte man sich im BMF sofort daran, die für die Beschäftigten in großem Umfang negativen Auswirkungen in allen Besoldungsgruppen umzusetzen. Ich vermute dies fiel umso leichter, da ja sowieso alle Welt nach Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt rief. Und so konnte auch unser Ressort vorauseilend einen guten Teil dazu beitragen...*

*Mit dem Inkrafttreten der Beurteilungsrichtlinien und der Auswahlrichtlinien der Zollverwaltung sollen nun unter den neuen Bedingungen schnellstmöglich Beurteilungen in allen Besoldungsgruppen erfolgen, um das Beförderungsgeschehen dann auf der Grundlage einer gerichtsfesten Beförderungsreihenfolge wieder aufleben zu lassen. Welche zusätzlichen Belastungen das für die mit dieser Materie in der Praxis beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in den Hauptzollämtern und den BFDen bedeutet, kann sich bestimmt jedermann gut vorstellen. Zumal die neuen Beurteilungsrichtlinien nun leider auch nicht mehr der große Wurf sind, denn das Pferd soll ja jetzt bekanntlich von hinten aufgezäumt werden. Erst die Gesamtnoten gleichmäßig aufgeteilt auf alle drei Bandbreiten festlegen und dann die Kreuze in den bis zu 29 Kategorien passend vergeben. Die Entwickler der Richtlinien hatten sich das vielleicht einmal umgekehrt vorgestellt...*

*Aber in einem Jahr soll ja dieses System noch einmal auf den Prüfstein. Vielleicht sehe ich heute nur zu schwarz und alles wird sich bis dahin gut eingefahren und bestens bewährt haben!?*

*Nun sollten wir uns den (im Moment ausreichend vorhandenen) Sommer nicht verderben lassen und auch den Urlaub, wenn er denn geplant ist, genießen. Im Einzelfall tut auch eine Erholung von den anstrengenden Tagen der zurückliegenden Fußball-WM not.*

*In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne und eventuell auch erholsame Zeit.*

*Ihr Uwe Büttner*

## Was lange währt wird „manchmal“ gut

### *Betrachtungen zu den neuen ARZV/BRZV*

So könnte man vielleicht zu der fast unendlichen Geschichte der Entstehung der neuen ARZV und den BRZV schlussendlich sagen.

Aber ich meine, das wäre zu einfach.

Sicher macht es jetzt nicht wirklich Sinn, alle Fassetten der Historie noch einmal zu beleuchten - aber es gibt eine Reihe von Fakten, die man aus der Sicht der Gewerkschaft noch einmal deutlich hervorheben sollte, weil genau diese zu den uns allen bekannten Folgeschäden geführt haben und letztlich auch konkreten Schaden sogar im monetären Bereich des einzelnen Beschäftigten verursacht haben. Dies ist leider rechtlich nicht mit Erfolg einklagbar, aber entschuldigt das Fehlverhalten der Entscheidungsträger im BMF in keiner Weise.

Wenden wir uns dem Jahr 2007 zu. Hier wurde im Oktober mit viel Aufwand das Feinkonzept zur Strukturentwicklung Zoll verabschiedet. Bekanntermaßen mit Billigung des HPR und völlig zu Recht, wie ich ausdrücklich betonen will.

Anfang 2008 wurden mit den Auf- und Umbaustrüben die Voraussetzungen im organisatorischen Bereich für die Bildung der Bundesfinanzdirektionen geschaffen. Eine wesentliche Seite des Projektes Strukturentwicklung Zoll bestand darin, Aufgaben auf die Ebene der örtlichen Behörden, den HZÄ, abzuschichten. Hieran waren auch die Personalbedarfsparameter sowohl für die HZÄ als auch für die BFDen ausgerichtet.

Das hatte zur Folge, dass die BFDen im Bereich Personal und Organisation, der heutigen Rechts- und Fachaufsicht, nachhaltig personell reduziert wurden. Was ausblieb, war die wirkliche Aufgabenübertragung auf die HZÄ mit dem Ergebnis, dass die Kolleginnen und Kol-

legen im genannten Bereich der BFDen völlig überlastet waren. Ende 2008 entschied man, dass alles Bestens sei. Alle Ampeln wurden auf Grün geschaltet, obwohl jeder vor Ort sah bzw. spürte, dass es an vielen Ecken klemmte.

In diesem Zeitraum wurde der Entwurf eines Dienstrechtsneuordnungsgesetzes und einer dazu gehörigen Bundeslaufbahnverordnung (BLV) vorgelegt. Damit war klar, dass wir wegen der zu erwartenden neuen Rechtslage auch unsere ARZV und die BRZV den gesetzlich vorgegebenen Gegebenheiten anzupassen hatten bzw. sie völlig neu zu schreiben waren.

Genau auf diese neue Situation hat der BDZ das BMF bereits im Rahmen der Stellungnahme zu den Gesetzesvorhaben hingewiesen. Passiert ist zu dieser Zeit mehr oder minder nichts.

Als im Februar 2009 das neue Gesetz auf dem Tisch lag, hatte man seitens des BMF die Hausaufgaben noch nicht gemacht, wie man so zu sagen pflegt. Immer wieder mahnten sowohl der BDZ als auch der HPR mit Nachdruck die neuen ARZV/BRZV an.

Ein erster vom BMF vorgelegter Entwurf war aus personalvertretungsrechtlicher Sicht in keiner Weise zustimmungsfähig. Im Gegenteil, wie die Rechte der Personalvertretungen bei den Auswahlentscheidungen nachhaltig beschnitten werden sollten, glich fast schon einer Provokation.

Nach einer notwendigen harschen Kritik durch den HPR herrschte mehr oder minder Funkstille zwischen dem BMF und dem HPR. Das BMF machte trotz veränderter Rechtslage nach den alten Regeln weiter, bis verschiedene Urteile von Gerichten Zweifel aufkommen ließen. Den i-Punkt setzte dann das Urteil des Hessischen VGH in Darmstadt, wonach unsere gelebte Beurteilungspraxis und die darauf aufsetzende Beförderungspraxis nicht der Bestenauslese genügt.

Der Kläger, der aus der Besoldungsgruppe A 10 kommt, wurde in seiner Auffassung bestätigt, dass er möglicherweise einen besseren Platz in der Beförderungsreihenfolgeliste beanspruchen kann, da das Prinzip der Bestenauslese nicht berücksichtigt wurde, weil weibliche und schwerbehinderte Beschäftigte ohne Berücksichtigung von Leistungskriterien ihm gegenüber bevorzugt wurden.

Das VG Darmstadt hat im Rahmen eines einstweiligen Rechtsschutzverfahrens durch Beschluss vom 7. Januar 2010 im Wege der einstweiligen Anordnung untersagt, weitere Beförderungen nach A 11 vorzunehmen, ohne zuvor den Kläger über die beabsichtigte Beförderung zu informieren und ihm eine zweiwöchige Rechtsschutzfrist einzuräumen. Über die eingelegte Beschwerde ist bis heute noch nicht entschieden.

Herr Stähr, AL III im BMF, hat durch Erlass geregelt, dass das Beförderungsgeschehen nach A 11 bis zum Ausgang des Verwaltungsrechtsverfahrens ausgesetzt wird.

Warum in der Folge nun ein kompletter Beförderungsstopp eingetreten ist, kann sich mir und wohl auch dem geneigten Leser nicht erschließen.

Auch der Versuch, mit Sts. Gatzner eine Lösung zu finden, die nicht diese flächendeckende Tragödie zur Folge hat, ist - bei Licht betrachtet - gescheitert.

Denn dieser marginale Versuch, 24 Beförderungen nach 4 Monaten Stopp über alle Besoldungsgruppen hinweg umzusetzen, ist nicht mal im Ansatz als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein zu bewerten.

All diese Umstände machten es dringend erforderlich, dass die Grundlagen für eine den gesetzlichen Normen entsprechende BRZV und ARZV geschaffen werden.

Am 28.05.2010 stimmte der HPR der nun vorliegenden, gegenüber dem Erstentwurf veränderten, ARZV und BRZV zu und nahm die Anlagen zur BRZV mit der ausdrücklichen Zusage einer zeitnahen Evaluierung lediglich zur Kenntnis.

Dies vor dem Hintergrund, dass das Beförderungsgeschehen erst wieder nach neuen Beurteilungen möglich sein wird.

Besonders zu vermerken ist dabei, dass die heutige Vorlage in ganz wesentlichen und für die Personalvertretung zwingenden Aussagen den HPR-Überlegungen und Forderungen von vor rund einem Jahr entspricht. Warum diese Verzögerung eintreten musste, kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch niemand im BMF plausibel erklären.

Der Schaden, der dadurch für das PSZ insgesamt entstanden ist und der die Motivation der Beschäftigten in wohl fast allen Besoldungsgruppen nachhaltig beeinträchtigt, ist, so glaube ich ohne Pessimist zu sein, auf lange Sicht kaum wieder gut zu machen.

Wenn es nun wenigstens gelänge, die Beförderungsrückstände im Rahmen der nun folgenden Beurteilungsrunde zu bereinigen und damit abzusichern, dass keine Überalterung eintritt, wäre noch das Schlimmste verhindert. Die Verursacher dieser Missstände haben keinen Schaden genommen, in erster Linie trifft es wieder einmal den „Kleinen Mann“, der, wie wir alle wissen, das Herz und die Seele der Verwaltung ist und auch immer bleiben wird.

Das scheint bei manchen aber nicht ausreichend das tägliche Handeln zu bestimmen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, tretet der Solidargemeinschaft BDZ - Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft bei, denn nur mit einer starken Gewerkschaft und ihren gleichermaßen starken Personalvertretungen auf allen Ebenen können wir den Kampf gegen solche Auswüchse noch erfolgreicher führen.

*Euer Wolfgang Fischer  
Stellv.  
Bundesvorsitzender*



## Führungswechsel beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)

Der Festsaal des BMF in Berlin war am Vormittag des 29. März 2010 gut gefüllt. Zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung des Bundes und der Länder waren aus Anlass



*Dr. Horst-Dieter Kittke (li.) und Sts. Gatzler*

- der Verabschiedung in den Ruhestand des bisherigen Präsidenten des BADV, Dr. Horst-Dieter Kittke, nach Berlin gekommen, um damit sein langjähriges Wirken in der Bundesfinanzverwaltung zu würdigen. Gleichzeitig wurde durch den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Werner Gatzler, **Florian Scheurle** in das Amt des Präsidenten des BADV und des Bundesausgleichsamtes (BAA) eingeführt.

Staatssekretär Gatzler hob in seiner Rede das hohe Ansehen des BADV mit seinen politisch sensiblen Herausforderungen bei der Wiedergutmachung von Vermögensverlusten in der NS-Zeit sowie bei der Erledigung von Verwaltungsdienstleistungen hervor.

Er würdigte dabei, dass Dr. Kittke, der schon 1991 die Leitung der Zentralen Stelle zur Regelung offener Vermögensfragen bei der damaligen OFD Berlin übernahm, welche später in das BARoV und BADV übergangen, immer die politische Weitsicht für die Erledigung dieser schwierigen Aufgaben durch seine Behörde bewiesen hat.

In seiner abschließenden Rede betonte Dr. Kittke, dass die Leistungsfähigkeit seiner Behörde und das Gerechtworden an die immer neuen Anforderungen dem Leistungswillen und Leistungsvermögen aller Beschäftigten des BADV geschuldet sei. Dabei hob er auch die konstruktive Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen hervor, die er als ein notwendiges und

wichtiges Korrektiv zum Verwaltungshandeln einschätzte. Auf die Rolle der Gewerkschaften in der Bundesverwaltung eingehend, bedankte er sich auch bei den Vertretern des

BDZ, die sich bisher bei ihm für die Belange der Beschäftigten des BADV eingesetzt haben und bereit waren, im Dialog unterschiedliche Standpunkte zum Verwaltungshandeln zu diskutieren.

Nach der Verabschiedung von Dr. Kittke begrüßte Staatssekretär Gatzler den neuen Präsidenten des BADV, Florian Scheurle. Er schilderte dessen fast 20jährige Tätigkeit im BMF, zuletzt als Leiter der Steuerabteilung, und bedankte sich auch im Namen von Bundesfinanzminister Dr. Schäuble für seine bisherige erfolgreiche Tätigkeit im BMF.



*Florian Scheurle, neuer Präsident des BADV*

Auch wir wünschen Herrn Scheurle viel Erfolg für sein neues Amt und hoffen, dass er die erfolgreiche Arbeit des BADV fortsetzt und dabei auch neue Akzente setzt. Wir als Vertreter des BDZ in Berlin und Brandenburg werden, nachdem sich Herr Scheurle mit dem BADV vertraut gemacht hat, uns wie bei Dr. Kittke in Gesprächsterminen vorstellen und unsere Ideen, Kritiken und Vorschläge zum Verwaltungshandeln im Sinne der Beschäftigten des BADV einbringen.

*Andreas Schwenke*

## Durch's Schlaubetal zu Gewerkschaftshöhen



Die geplante Tagung unseres Bezirkshauptvorstandes fand dieses Mal vom 24. – 25. Juni in Treppeln – Schlaubetal statt. Von der schönen Landschaft konnten die Teilnehmer vorrangig bei der An- und Abfahrt etwas genießen: Die Tagesordnung war lang, die Diskussionen gründlich und damit zwei anstrengende Arbeitstage garantiert. Deshalb eröffnete der Vorsitzende, Koll. Andreas Schwenke, gleich nach der Ankunft die Tagung, damit wenigstens nach 9 Stunden reger Arbeit das Abendessen eingenommen werden konnte. Die Tagung gewann auch durch interessante Beiträge und Meinungen unserer Gäste, die Vorsitzende des BV Hannover, Kolln. Bärbel Rehmert, sowie zeitweise den Vorsitzenden des BV Sachsen, Koll. Peter Arnold. Damit wurde auch das enge Zu-

sammenwirken der im Bereich der BFD Mitte ansässigen Bezirksverbände dokumentiert und gefestigt.

Nach der Eröffnung, Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung fand das Protokoll über die letzte Sitzung außer einigen Marginalien die einhellige Zustimmung des Bezirkshauptvorstandes. Daran schloss sich der Rechenschaftsbericht des Vorsit-

zenden über die geleistete Arbeit in Form des Berichtes zur Lage in Auswertung der Bundesvorstandssitzung vom 04. – 06.05.2010 in Berlin an. Darin eingeschlossen waren Hinweise und Probleme, aber auch Diskussionen zu Gewerkschaftsthemen wie z.B. die Präsenz der Zollverwaltung in der Fläche, das Verhältnis zur GdP, die Eilzuständigkeit im Vollzugsbereich, die Zentralisierung von Arbeitsgebieten und Standorten sowie die Personalausstattung unserer Verwaltung. Dabei wurde der Blick auf die erneuten pauschalen Stellenstreichungen durch die Bundesregierung und damit auf weitere Einschränkungen bei der Erfüllung unserer gesetzlichen Aufträge als Einnahmenverwaltung gelenkt. Der

Vorsitzende hob das Wirken unserer Gewerkschaft im Interesse unserer Mitglieder als Kern unserer Arbeit hervor.

In der Diskussion dazu wurde wiederum deutlich, dass nicht alle Aktivitäten publiziert werden können und müssen, der BDZ auf Populismus jedweden Couleurs verzichtet. Viel wichtiger seien konkrete Ergebnisse für die Kolleginnen und Kollegen an den Ämtern, die auch



*v.l.n.r.: Peter Arnold, Vorsitzender BV Sachsen, K.-D. Schulz, Ehrenvorsitzender BV Berlin-Brandenburg, Bärbel Rehmert, Vorsitzende BV Hannover*

im politischen Bereich, aber ohne Presserummel erzielt werden können.

Anschließend stand die Beförderungssituation in der Zollverwaltung im Mittelpunkt. Der faktische Beförderungsstopp in der gesamten Bundesfinanzverwaltung durch das BMF wurde als in solcher Weise nicht nachvollziehbar herausgestellt. Positiv wurde vermerkt, dass nunmehr die Grundsätze in der neuen ARZV sowie der BRZV fest stehen. Bis auf einen verschwindend kleinen Teil von Mitarbeitern mit Spitzenbeurteilung wird unter Berücksichtigung der notwendigen Verfahrensabläufe erst wieder in einigen Monaten mit weiteren Beförderungen zu rechnen sein. Als Termin für die Fertigung der Beurteilungen stehe der 01.07. im Bereich A9 + A10 fest. Die anderen Beurteilungen werden im September zu fertigen sein. Bezug wurde auch auf die Beurteilungen im Tarifbereich nach beamtenrechtlichen Grundsätzen genommen.

Die auch durch die Presse behandelte Evaluation der Sicherheitsbehörden in Deutschland war ein weiteres Thema der Beratung. Die Schnittstellen zwischen der Bundes- und den Landespolizeien, des BKA, des ZKA u.a. wurde per se als derzeitiges terra incognita herausgestellt. Auf diesem Feld werde intensiv gearbeitet. Es deuten sich derzeit jedoch noch keinerlei konkrete Ergebnisse an. Hervorgehoben wurde die engagierte Arbeit unseres Bundesvorsitzenden, Klaus – H. Leprich, in Fachgremien und Politikerkreisen sowie die des ehemaligen Präsidenten des ZKA, Herrn Matthias, in der Fachkommission.

Die Umsetzung des Feinkonzeptes zur **Strukturentwicklung der Zollverwaltung** wurde als „Terrain mit vielen angefangenen Baustellen“ dargestellt. Systemische Schwachstellen würden nicht ausreichend korrigiert werden. Die verbal deklarierte Präsenz der Zollverwaltung in der Fläche und damit die Kundenfreundlichkeit der Verwaltung gegenüber der Wirtschaft wird zunehmend dem Kostendruck geopfert. Daraus folgt die voraussichtliche Auflösung

einzelner Zollämter. Personalzuwächse kann zunächst nur die Finanzkontrolle Schwarzarbeit erwarten. Noch vorhandene Personalüberhänge in den KEV werden bis 2014 abgebaut. Der Vorsitzende hob die Schaffung des Leitbildes der Zollverwaltung als wichtigen Schritt in die richtige Richtung hervor. Gleichzeitig darf aber auch niemand verschweigen, dass das fehlende Personalentwicklungskonzept zur Demotivation unserer Kolleginnen und Kollegen führt. Das schürt Unzufriedenheit, die wir eigentlich in unserer Verwaltung nicht brauchen. Von der Verwaltung wird das Projekt als abgeschlossen betrachtet, hat aber in praxi bei weitem nicht die einst gesteckten hehren Ziele erreicht. Als typisches Beispiel für die angeordnete Unordnung wurde die Liquidierung der seit Jahrzehnten erprobten Flughafendienststellen, d.h. deren Auseinanderreißen in die Kompetenzen der SG B und C der HZÄ dargestellt.

Im Anschluss daran trug der Kassenwart, die Kolln. Kerstin Walz, den Kassenbericht mit allen wesentlichen Einnahmen sowie den Ausgabeposten vor. Als Resümee konnte die Stabilisierung der Finanzen unseres Bezirksverbandes konstatiert werden. Zu unseren Finanzfragen zählte sowohl die Zustimmung zur Ausrichtung des Neujahrsempfanges im Jahre 2011 als auch die finanzielle Unterstützung von Veranstaltungen innerhalb einzelner Ortsverbände.

Der Rechnungsprüfer, Koll. K.-H. Lorenz, trug danach seinen Bericht über die durchgeführte Kassenprüfung vor. Von ihm wurden keine Beanstandungen festgestellt.

Zur Mitgliederentwicklung erläuterte der Koll. Klaus Bellmann, dass der Bezirksverband im Zeitraum seit der letzten Hauptvorstandssitzung um 6 Mitglieder geschrumpft sei. Neben einzelnen Austritten und Todesfällen waren auch Versetzungen aus dem sowie in den Bereich des Bezirksverbandes, aber auch diverse Eintritte von neuen Mitgliedern zu



verzeichnen. Jedes neu im BV registrierte Mitglied wird vom Vorstand schriftlich begrüßt. Für BDZ-Mitglieder, die die Geburtsstunde unserer Gewerkschaft miterlebt haben, ließ der Bundesvorstand eine Ehrenmedaille für 60-jährige Mitgliedschaft gestalten und an die Bezirksverbände ausliefern. Der Koll. Michael Luka gewährleistet den Überblick über die Verleihung der Ehrennadeln. Auch dafür wird der Neujahrsempfang 2011 genutzt werden.

Zum Tagesordnungspunkt Öffentlichkeitsarbeit und Werbung wurde vom Vorsitzenden herausgestellt, dass die neu zu uns kommenden Anwärter ein Starterpaket erhalten. Das habe sich in der Vergangenheit als positives Signal bestätigt und bewährt. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Werbematerialien aus Kostengründen besser in geringerer Stückzahl, dafür jedoch mit höherem Gebrauchswert beschafft werden sollten. Die gute Resonanz auf die erstmalig ausgegebenen Adventskalender, aber auch die begehrten Schreibunterlagen bestärkt die Richtigkeit dieser Aussage. In der weiteren Diskussion wurde mit dem BV Hannover sowie dem BV Sachsen vereinbart, die Anschaffung von Werbematerialien durch alle 3 Verbände zu bündeln, um damit erheblich Kosten einsparen zu können.

Die Berichte aus der Arbeit der Ortsverbände trugen jeweils die OV-Vorsitzenden vor. Ausgehend von den konkreten Bedingungen vor Ort kam dabei immer wieder zum Ausdruck, dass das persönliche Gespräch mit den Mitgliedern, mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort durch nichts zu ersetzen ist. Als Anlass dafür werden häufig die persönliche Übergabe der neuen Taschenkalender o.ä. genutzt. Auch über die Tätigkeit in den örtlichen Personalvertretungen gewinnt die Gewerkschaftsarbeit Profil. Der Vorsitzende hob ausdrücklich die langjährige gute Arbeit des Koll. Heinz Gehlhaar als OV-Vorsitzender des Ortsverbandes Barnim-Uckermark hervor: Koll. Gehlhaar wird wegen seiner Versetzung in Richtung Köln aus dieser Funktion ausscheiden. Die schwierige Lage der gewerkschaftlichen Arbeit in der BIMA stellte der Koll. Gunnar Kurth dar.

Die Tagung befasste sich eingehend mit der Vorbereitung und Durchführung des Gewerkschaftstages des BDZ im Oktober 2010 in Magdeburg. Der Koll. Wolfgang Fischer wird in Magdeburg nicht erneut als Stellvertreter des Bundesvorsitzenden kandidieren. Es wur-



*Heiko Lehmann, Obmann für das BADV, Uwe Büttner, Kandidat für die BDZ-Bundesleitung (v.l.)*

de beschlossen, den Koll. Uwe Büttner als Kandidaten für die Funktion eines Stellvertretenden Bundesvorsitzenden aufzustellen. Gewählt werden sollen nunmehr 5 Stellvertreter des Bundesvorsitzenden. Weitere Beschlüsse bezogen sich auf den Teilnehmer Schlüssel, die Gastdelegierten sowie die finanzielle Belastung für den BV. Rege Diskussionen gab es auch zu den Anträgen an den Gewerkschaftstag wie z.B. die Verbesserung der Qualifizierungsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte, die umfassende Betreuung der Pensionäre und Rentner durch die BFV, die Rücknahme der Halbierung des Weihnachtsgeldes, die Verbesserung der Erschweriszulage für Wechselschichten, die Angleichung der Arbeitszeit der Beamten an die der Tarifbeschäftigten sowie das stärkere Engagement der Bundesleitung im Hinblick auf die Eilzuständigkeit der Vollzugsdienste.

Durch den Koll Schwenke wurde die aktive Tätigkeit der Arbeitsgruppe Rentner und Pensionäre hervorgehoben. Die AG sichert ein enges Zusammenwirken mit der Bundesleitung sowie mit dem Bezirksverband. Hervorgeho-



ben wurde das Engagement des Koll. Wolfgang Hadamschek sowie des Koll. Dr. Dietmar Loose. Der Bericht aus der Arbeit der AG Tarifbeschäftigte wurde von der Kolln. Angela Wegener vorgelesen. In Bearbeitung befindet sich ein Arbeitsmaterial für Tarifbeschäftigte im Fall eines Streiks. Des Weiteren werde eine neue Dienstvereinbarung zur Beurteilung der Tarifbeschäftigten sowie eine eigene ARZV angestrebt.

Die Bezirkshauptvorstandssitzung hat wiederum gezeigt, welche zahlreichen Facetten unsere Gewerkschaftsarbeit hat. Es kam klar zum Ausdruck, dass es auf wesentlichen Gebieten der Arbeit im Interesse unserer Mitglieder noch viel zu tun gibt, die Anforderungen an den Vorstand wachsen werden. Deutlich wurde auch, dass es keine Veranlassung für Pessimismus gibt. Mit dem Hinweis auf eine eintägige Tagung des Gremiums voraussichtlich im IV. Quartal dieses Jahres schloss der Koll. Schwenke das Arbeitstreffen.

*Hartmut Zander, Schriftführer BV Berlin-Brandenburg*

## **Gewerkschaften warnen vor Einsparungen auf Kosten der Sicherheit**

**In einem Offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten haben BDZ, BDK, bgv, DBwV, GdP, VBB und VBOB aufgezeigt, welche gravierenden Folgen von den drohenden Einsparungen für die Sicherheit ausgehen. Mit ihrer Zustimmung zu den Sparbeschlüssen entschieden die Parlamentarier auch über Effizienz und Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden des Bundes, heißt es in dem Appell.**

Im Rahmen des vorgesehenen Sparpakets ist unter anderem geplant, bis zum Jahr 2014 bis zu 15000 Stellen im öffentlichen Dienst des Bundes einzusparen. Das trifft mit Zoll, Bundespolizei und Bundeskriminalamt ganz konkret auch die Innere Sicherheit.

Im Bereich des Zolls seien negative Auswirkungen bei der Sicherung der Steuereinnahmen, der Unterbindung der Steuerflucht, der Bekämpfung des Drogen- und Waffenschmuggels sowie der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, der Verhinderung illegaler Atom- und Rüstungsexporte sowie im Verbraucherschutz bei der Einfuhr von Lebensmitteln und anderen risikobehafteten Waren zu befürchten. Die Folge werde eine eklatante Schwächung der Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste sein, warnen die Gewerkschaften. Den vermeintlichen Einsparungen im Bereich der Personalkosten stünden ungleich höhere Verluste im Bereich Steuern und Sozialabgaben sowie Folgekosten der Zoll- und Wirtschaftskriminalität gegenüber.

Den Beamtinnen und Beamten des Bundes wurde zudem seit 2006 als befristeter Beitrag für die Konsolidierung der Staatsfinanzen die Sonderzahlung, das sogenannte „Weihnachtsgeld“ zeitlich befristet gekürzt. Die betroffenen Beschäftigten haben damit nach zwei Arbeitszeiterhöhungen und der Streichung des Urlaubsgeldes bisher ihren erheblichen Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen im Umfang von etwa acht Milliarden Euro geleistet.

Es galt stets die Zusage von Bundesregierung und Bundestag, dass diese Kürzung der Sonderzahlung auf fünf Jahre befristet werde. Diese Zusage soll nun einseitig zurückgenommen werden. Dieser Vorgang stelle nicht nur den Verzicht auf eine geplante Erhöhung um 2,44 Prozent, sondern einen in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht da gewesenen Vertrauensverlust dar.

Zu berücksichtigen sei auch, dass die Mehrheit der betroffenen Beamtinnen und Beamten in den unteren Besoldungsgruppen bis A 8 zu finden sei.

Abschließend heißt es in dem Offenen Schreiben, es sei Teil der Verantwortung der Bundestagsabgeordneten, das in den vergangenen Jahren auf eine harte Probe gestellte Vertrauensverhältnis zwischen Bundesregierung, Parlament und den loyalen Beschäftigten des Bundes nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Die Gewerkschaften appellieren an die Politik: „Setzen Sie sich dafür ein, dass nicht auf Kosten der Beamtinnen und Beamten, Soldatinnen und Soldaten und bei der inneren und äußeren Sicherheit gespart wird.“



**BDZ**

## Wahl der Bezirks - Jugend- und Auszubildendenvertre- tung (BJAV) der BFD Mitte

Am 07. April 2010 fand erstmals die Wahl einer Bezirks - Jugend- und Auszubildendenvertretung im Bereich der BFD Mitte statt.

Wir möchten uns für das rege Interesse an dieser Wahl sowie für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken und das neu gewählte Gremium mit seinen Mitgliedern und Aufgaben vorstellen:

Wir vertreten die Interessen aller Beschäftigten unter 18 Jahren sowie aller in Ausbildung stehenden Jugendlichen bis 25 Jahren. Für die älteren Auszubildenden stehen wir als Vermittler natürlich ebenfalls gerne zur Verfügung.

Unser Ziel ist es, die Bedingungen der Ausbildung in der Bundeszollverwaltung zu verbessern und positive Entwicklungen weiter zu fördern.

Zudem vertreten wir eure Interessen im Bereich der Ausbildung gegenüber den Ausbildungsleitern sowie im Bezirkspersonalrat und stehen euch bei Fragen zum Reisekosten- oder Trennungsgeldrecht, bei dienstlichen Umzügen und anderen Problemen, bei denen Ihr unsere Hilfe benötigt, zur Seite.

Ihr erreicht uns unter der E-Mail-Adresse [bjav@bfdm.bfinv.de](mailto:bjav@bfdm.bfinv.de) oder unter folgender Anschrift:

BJAV der BFD Mitte  
Großbeerenstraße 341-345  
14480 Potsdam

Unsere Kontaktdaten sowie aktuelle Informationen findet ihr auch im Intranet der BFD Mitte unter der Rubrik „Interessenvertretung“.

Jede Anfrage wird bearbeitet und schnellstmöglich beantwortet.

Wir freuen uns auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit!

### *Eure BJAV der BFD Mitte*



*Von euch gewählt wurden: (v.l.n.r.) Stephanie Kolbe (BFD Mitte), Demis Wibbeke (HZA Bielefeld, DO Paderborn), Henriette Hampe (BFD Mitte, Service-Center Süd-Ost), Georg Zörner (HZA Potsdam, Flughafen Berlin Tegel), Antonia Stenzel, Vorsitzende (BFD Mitte) und Caroline Kohn, stellv. Vorsitzende (HZA Bielefeld).*

## BDZ-Mitgliedschaft - lohnt sich auch im Schadensfall!



„Falschbetankung“ ist ein Horror für die, die es erwischt und alle anderen sagen, das kann mir doch nicht passieren!

Die Verwaltungspraxis und die Rechtsprechung belegen jedoch etwas Anderes. Leider passiert es immer wieder, dass durch den Wechsel von Dienstwagen oder durch Stress und Ablenkung versehentlich die falsche Tankpistole gegriffen wird und das Versehen erst bemerkt wird, wenn der Motor stottert.

Die Vielzahl der Gerichtsurteile, die sich mit der Falschbetankung durch Beamte befassen, zeigen,

- a. dass es oft passiert und
- b. dass die betroffenen Beamten sich mit der verhängten Schadensersatzleistung ungerecht behandelt fühlen.

In einem im Bezirk der BFD Mitte Anfang des Jahres abgeschlossenem Fall hat auch ein Beamter kurz nach Mitternacht, nach einer etwas komplizierten Kontrolle, sein Streifenfahrzeug mit Diesel betanken wollen, ist durch die Übergabe der Tankkarte kurz abgelenkt gewesen und hat dann, in der Meinung es sei Diesel, Super Benzin getankt.

Erst nach dem der Motor stotterte und das Auto stehen blieb ist ihm sein Irrtum bewusst geworden.

Nach langer und intensiver Untersuchung des Vorfalls kam die BFD zu dem Ergebnis, dass die Handlungsweise des Kollegen als „grob fahrlässig“ zu werten ist und damit der entstandene Schaden von ca. 500,00 € durch den Beamten zu erstatten ist.

Zur Rechtfertigung dieser Entscheidung wurden sechs Urteile angeführt, die bei sehr ähnlichen Verfahren gefällt wurden, womit auch die Entscheidung der BFD sicherlich durch ein Gericht bestätigt worden wäre.

So handelt z. B. nach der Rechtsprechung des OVG Rheinland-Pfalz ein Beamter in der Regel grob fahrlässig, wenn er ein ihm anvertrauten Dienstwagen mit falschem Kraftstoff betankt. Wörtlich heißt es in diesem Fall: „Bedienstete müssen mit den ihnen anvertrauten dienstlichen Gegenständen sorgfältig umgehen. Dazu gehöre, dass ein Bediensteter vor der Befüllung eines Tankes eines Dieselmotorkraftfahrzeuges die Beschriftung auf dem Zapfhahn der Tanksäule lese, um eine solche Falschbetankung zu vermeiden.“

Der betroffene Kollege hatte das vorgenannte alles erfüllt und hat sich durch eine Sekunde Ablenkung in der Auswahl der Zapfpistole vergriffen und musste dafür nun mit 500,00 € gerade stehen.

Diese Entscheidung wird bei diesem Kollegen, aber auch bei den Kollegen seiner Dienststelle ein übertriebenes Risikodenken zur Folge haben, weil jeder Beamte weiß, dass er, wenn er im dienstlichen Eifer Fehler macht, dafür auch gerade stehen muss. Ob das gut für die Effizienz der Verwaltung bzw. für die Motivation der Beschäftigten ist, wage ich zu bezweifeln.

***Im genannten Fall hat dem Kollegen jedoch seine BDZ-Mitgliedschaft geholfen. Da die Mitgliedschaft im BDZ auch eine Gruppen-Diensthaftpflichtversicherung bei der DBV umfasst, die auch bei grober Fahrlässigkeit reguliert, hat er den vollen Betrag erstattet bekommen.***

Es kann also auch rein finanziell von Vorteil sein, wenn man Mitglied im BDZ ist!

## **Rechts ist Links und Links ist Rechts –**

**Oder: Warum bekommen die Kolleginnen und Kollegen der KEV trotz Schichtdienst keine Wechselschichtzulage - es kommt halt nur auf den Standpunkt des Betrachters an.**

Pauschal mag diese Aussage ja durchaus richtig sein und spätestens wenn man sich einmal umdreht, hat man den Beweis dafür. Wenn aber irgendwo zu viel gedreht wird, dann kann einem nicht nur schwindlig, sondern auch schon einmal richtig übel werden. Andererseits scheint sich allerdings auch in unserer Verwaltung der Eine oder Andere zu denken: „Was sich in der freien Wirtschaft beispielhafter Weise an der Preisschraube drehen lässt, das können wir in unseren Vorschriften noch toppen.“ - wie sonst sollte man sich den folgenden Sachverhalt erklären können?!

Allgemein bekannt und auch arbeitsmedizinisch belegt ist, dass Schichtarbeit zu einer höheren körperlichen Belastung führt. Daher gibt es auch in Deutschland seit Jahrzehnten entsprechende schützende und belastungsausgleichende Regelungen, welche zumindest sinngemäß auch auf die öffentlich Beschäftigten und Beamten übertragen wurden. So wird man als Schichtdienstleistender zwar wegen ein paar Euro Wechselschichtzulage nicht reich und von den Zusatzurlaubstagen für geleistete Schichten bzw. Nachtstunden auch nicht zum Dauerurlauber, trotzdem entschädigen diese rechtlich definierten Regelungen zumindest etwas. Nun könnte man ja denken meinen, dass Beamte bei Wind und Wetter im Außendienst mit wechselnden Schichtzeiten (Früh- Spät- und Nachtschichten) diesen höheren Belastungen ausgesetzt sein könnten, besonders wenn sie das vom § 20 der Erschwerniszulagenverordnung geforderte Nachtstundenmaß erfüllen.

Ist Wäre ja auch verständlich, nachvollziehbar und sinnvoll... DOCH STOP!!!

Nicht weiterdenken, denn nicht überall in der Bundeszollverwaltung ticken die Uhren gleich.

Wen interessiert es schon, ob Menschen rund um die Uhr arbeiten und den höchstmöglichen Belastungen ausgesetzt sind, wenn findige Sachbearbeiter feststellen, dass es nur auf die

Sicht des Betrachters ankommt: „Die Dienststelle muss rund um die Uhr besetzt sein.“ heißt das neue Motto zur Nichtgewährung der Wechselschichtzulage für die Kolleginnen und Kollegen. Alles klar? Nun mag es ja durchaus betagte Dienststellen in unserer Verwaltung geben, deren Gemäuer vom Zahn der Zeit benagt wurden und die den heutigen Belastungen oder Anforderungen nicht mehr entsprechen und denen man dann bei einer „rund um die Uhr Besetzung“ Unterstützung zukommen lassen müsste... Ob Wechselschichtzulage und Zusatzurlaub für den einzelnen betroffenen Kollegen aber von einer „rund um die Uhr Besetzung der Dienststelle“ abhängig sein sollten? Für wen wird denn da eine Erschwerniszulage gezahlt und warum – was ist der Sinn dieses Belastungsausgleiches? Ich kann dies nicht mehr nachvollziehen, aber vielleicht kommt halt alles nur auf den Standpunkt des Betrachters an. Selbst bei kuriosester Art der Rechtsauslegung und anderem Betrachtungswinkel bleibt die Frage offen, was denn der findige Sachbearbeiter unter einer Dienststelle versteht. Ist denn jede Kontrolleinheit einer KEV (MKG) eine eigene Dienststelle, so wie jede GAST eines Zollkommissariates, jede Schicht eines Zollamtes oder jedes Büro eines Sachgebietes eine eigenständige Dienststelle ist, die den Dienstbetrieb rund um die Uhr allein absichern muss? Aber halt – wie konnte ich das übersehen, hier wollte man nur Gutes tun. So viele neue Dienststellen, natürlich mit Dienststellenleiterplanstellen und allem was dazu gehört... Bleibt nur noch abzuwarten, bis diese Betrachtungsweise auch der Standpunkt der dafür Verantwortlichen geworden ist.

Irgendwie glaube ich nur nicht so richtig daran und denke, dass diese Vorgesetzten einen

anderen Blickwinkel haben. Dafür bleibt uns aber die Hoffnung, dass Jemand dem findigen Sachbearbeiter erklären kann, was eine Dienststelle ist. In der HGO war dies wohl geregelt, die neue GO-ÖB ist da wohl etwas weniger konkret und das preußische Landrecht macht es sonst nur wieder zum Standpunkt des Betrachters. – Und da kann ja bekanntlich auch links wieder rechts sein oder umgekehrt?!

*Ralf Spitzbarth, OV Cottbus*

## Der Kreis schloss sich am Flughafen in Tegel

Der 30. März 2010 war ein denkwürdiger Tag für alle Bediensteten des ehemaligen Zollamts Berlin-Flughafen Tegel.

Die langjährige Leiterin des Zollamts - zuletzt Leiterin des Kontrollraums 1 - Zolloberamtsrätin Ingrid Gall, verabschiedete sich in die Freistellungsphase der Altersteilzeit. Viele Weggefährten nahmen die Gelegenheit wahr, sich für die jahrelange gute und gedeihliche Zusammenarbeit und Förderung zu bedanken.

Die Feier für den Übergang in ihren verdienten „Unruhestand“ war damit ein letzter „dienstlicher“ Höhepunkt im arbeitsreichen Leben der Leiterin des „Gallischen Dorfes“ in Tegel.

Was bleibt ist die Erinnerung an ein Urgestein des Zolls, welches auch immer als „Mutter des Zollamts“ wahrgenommen wurde. Viele kleine Geschenke der Kollegen werden die Erinnerung an „Ihren“ Flughafen Tegel aufrechterhalten.

Dem BDZ bleibt Ingrid Gall weiter als Mitglied des Bezirkshauptvorstandes in Ihrer Eigenschaft als zweite Kassiererin erhalten.



*Auch Kollege Schwenke nahm die Gelegenheit wahr, Ingrid Gall in die „Ruhephase“ zu entlassen*



## Wir begrüßen neue Mitglieder

*Susanne Kolrep*

*Peter Stinner*

*Knut Franke*

*Peter Rentsch*

*Bernd Bischoff*

*OV Berlin*

*OV Grellstraße*

*OV Frankfurt / Oder*

*OV Grellstraße*

*OV Potsdam*



## Renteninformation

Lesen Sie auch die aktuellen Informationen auf [www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de)!

### Ansprüche sichern

(siehe ZBB Nr.2 und 3/2008 und Info vom 23.September 2008)

Sehr viele Kollegen haben zum ablehnenden Bescheid der Bundesfinanzdirektion Mitte (Bereich RF 16) fristgemäß Widerspruch eingelegt und angekündigt, dass die Begründung nachgereicht wird. Damit sind Sie weiterhin im Verfahren geblieben. Die Arbeitsgruppe Rente und Pension hat als gewerkschaftliche Unterstützung bisher einigen Kollegen geholfen, diese Begründungen nachzureichen, so dass sich der Versorgungsträger mit den Argumenten auseinandersetzen kann. Wir empfehlen den Mitgliedern unserer Gewerkschaft, sich an nachfolgend genannte Vertreter der Arbeitsgruppe Rente und Pension zu wenden, um die Begründung zu ihrem Widerspruch nachzureichen.

#### 1. Potsdam

BFD Mitte, Haus 7

jeden 1. Mittwoch im Monat um 10.00 Uhr

Nach Möglichkeit bitte vorher anmelden bei:

Herrn Rudolf Nothe	(0331) 621720
Herrn Rudolf Rittig	(033845) 41094
Herrn Franz Böhm-Wirt	(033741) 80730

#### 2. Frankfurt (Oder)

HZA Frankfurt (Oder)

jeden 2. Mittwoch um 13.00 Uhr

Nach Möglichkeit vorher anmelden bei:

Herrn Joachim Mätzig	(0335) 6801546
Herrn Horst Mattner	(0335) 6802855

#### 3. Berlin

Liegenschaft Grellstr. 18,24

Raum 3.02

jeden 3. Mittwoch um 13.00 Uhr

Nach Möglichkeit vorher anmelden bei:

Beamte

Frau Gisela Hartwig	(030) 48331375
Herrn Heinz Fietz	(030) 9729496
Herrn Peter Stinner	(030) 53662872

Zollrentner

Herrn Dieter Feldmann	(030) 99402692
Herrn Uwe Köhler	(030) 2412835

## ZSG Oderberg wird überraschend Zweiter bei den Deutschen Zollmeisterschaften im Volleyball.

Edenkoben an der Weinstraße war am 18. und 19.06.2010 der Austragungsort für die 6. Deutschen Zollmeisterschaften. Aus dem Bereich des HZA Frankfurt (Oder) hatten sich 4 Volleyballteams auf den Weg zur Meisterschaft gemacht. Neben uns, den Volleyballern der Zollsportgemeinschaft Oderberg, waren auch Kollegen des HZA Frankfurt (Oder), der FKS Eberswalde sowie der FKS Schwedt dabei.

Am Freitag, den 18.06., begannen die Wettkämpfe mit den Vorrundenspielen in 3 verschiedenen Sporthallen. Mit uns zusammen in der Halle 1 spielten die Kollegen der FKS Eberswalde und der FKS Berlin. Von den ersten Spielen an konnten wir uns so gegenseitig prima unterstützen und die jeweils spielenden Kollegen anfeuern. Die Mannschaften der FKS Schwedt und des HZA Frankfurt (Oder) trugen ihre Spiele in der Nachbarhalle aus, so dass wir uns nur gelegentlich über die Zwischenstände informieren konnten.

Für uns begann die Vorrunde mit dem Spiel gegen die Finalisten von 2007 vom ZSV Frankfurt/Main. Nachdem wir im ersten Satz lange einem Rückstand hinterher gelaufen waren, konnten wir am Ende noch den Ausgleich zum 12:12 erzielen. Der zweite Satz lief genau anders herum und wir führten lange Zeit, doch am Ende stand es 13:13. Gleich im Anschluss gewannen wir das Spiel gegen das Team vom HZA Dortmund. So, nun aber schnell raus zum Bus, und dank moderner Technik mit dem Laptop das WM-Spiel Deutschland gegen Serbien schauen! Glücklicherweise hatten die Organisatoren uns ja eine schöne lange Spielpause gegönnt. Im anschließenden Spiel gaben wir dann leider einen Satz gegen die ZSG Bielefeld ab – wahrscheinlich wirkte das Ergebnis unserer WM-Fußballer nach... In den anderen Vorrundenspielen gewannen wir jeweils beide Sätze. Punktgleich mit dem ZSV Frankfurt/Main gaben die mehr erzielten



*Die Finalisten: HZA Stralsund und ZSG Oderberg*



*Die ZSG Oderberg*



*Zweiter! Wir feiern...*

kleinen Ballpunkte den Ausschlag für uns. Wir hatten unsere Vorrundengruppe gewonnen!

Mit uns zusammen unter die besten 16 Mannschaften schafften es auch die

Mannschaften vom HZA Frankfurt (Oder) und der FKS Berlin.

Unser Achtelfinale gegen Köln gewannen wir dann deutlich und auch das Viertelfinale gegen das ZFA Hannover konnten wir gewinnen. Jetzt waren wir schon unter den besten vier. Im Halbfinale trafen wir dann auf die ZSG Rostock. Die Rostocker hatten im Viertelfinale gegen starke Dresdner gewonnen.

Den ersten Satz im Halbfinale verloren wir deutlich mit 25:10. Angefeuert von unseren Freunden aus Hamburg, den Berlinern sowie den Kollegen aus Frankfurt(O.), Eberswalde und Schwedt sowie vielen Anderen gewannen wir den zweiten sowie den Entscheidungssatz. Mit einer über das gesamte Turnier überragenden Stimmung in der Mannschaft hatten wir es ins **FINALE** geschafft.

Im Finale selbst mussten wir uns der Mannschaft aus Stralsund geschlagen geben.

Unsere Glückwünsche an den verdienten Zollmeister aus Stralsund, an unsere Freunde aus Hamburg zum 3. Platz und an alle Teams die eine schöne Zollmeisterschaft gespielt haben.

Die Platzierungen der Mannschaften aus unserem Bereich:

2. ZSG Oderberg, 9. FKS Berlin, 10. HZA Frankfurt (Oder), 21. FKS Eberswalde, 45. FKS Schwedt

*Michael Jauer, ZSG Oderberg*



## **Ehrungen für 60 Jahre**

### **Mitgliedschaft im BDZ**

60 Jahre - das ist mehr als ein halbes Leben. Und da das Leben nicht erst mit dem Eintritt in eine Gewerkschaft beginnt, müssen Mitglieder, denen diese Ehrung zu Teil wird, wenigstens 75 Jahre alt sein und durchgängig Mitglied im BDZ oder im Vorfeld Mitglied in einer anderen Gewerkschaft gewesen sein.

Wir haben inzwischen im Bezirksverband mehrere Mitglieder, die diese Schwelle überschritten haben. Laut unseren Unterlagen handelt es sich hierbei um die Kolleginnen und Kollegen

Helene Knorr

Marianne Waterstrat

Hans-Joachim Bergel

Hans Block

Horst Grothe

Lothar Grunau

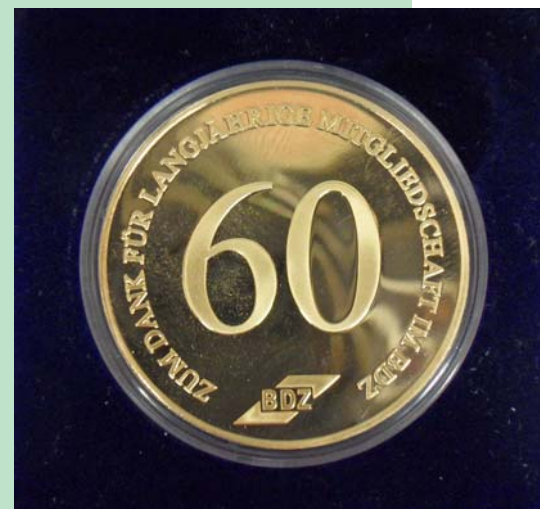
Günter Kaczmarek

Harald Klinke

Herbert Kottek

Horst Schäfer

Heinz Waterstrat



60 Jahre Mitgliedschaft und Treue zum BDZ ist schon eine Besonderheit, die auch einer besonderen Würdigung bedarf. Deshalb nehmen wir vom Vorstand des Bezirksverbandes die Ehrungen und die Übergabe der Ehrenplakette des BDZ persönlich vor.

So wurde z.B. die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Grellstr. am 06.07.2010 zum Anlass genommen, der Kollegin Helene Knorr und



die Kollegen Hans-Joachim Bergel und Hans Block die Ehrenplakette zu überreichen.

Den Kollegen Lothar Grunau haben wir am 27.05.2010 zu Hause besucht und im Gespräch viel Interessantes über die Besonderheiten der Nachkriegsjahre und dem Beginn der Arbeit der



Zollverwaltungen in Ost und West gehört. Seine gewerkschaftliche Biografie begann im Februar 1946, als er als Bäckergehilfe Mitglied des FDGB wurde, nach Eintritt in die DDR-Zollverwaltung wurde diese Mitgliedschaft ruhend gestellt und nach der Wende wurde er, wie viele andere ehemalige DDR-Zöllner, Mitglied der GDZ, die später in den BDZ übergang.

Alle weiteren noch ausstehenden Ehrungen werden wir entweder persönlich zu Hause oder zu Mitgliederversammlungen der Ortsverbände bzw. zum Neujahrsempfang vornehmen.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen Jubilaren für ihr gewerkschaftliches Engagement und ihre Treue zum BDZ zu danken, verbunden mit den besten Wünschen für ihre Gesundheit und das persönliche Wohlergehen.

*Ihr Andreas Schwenke*

## „Alter Bekannter“ geht erneut ins Netz

### **Berliner Zoll beschlagnahmt 40.200 Schmuggelzigaretten und pfändet das Tatfahrzeug**

Am vergangenen Donnerstagabend führten Beamte einer mobilen Kontrolleinheit des Hauptzollamtes Berlin verdachtsunabhängige Kontrollen auf dem südlichen Berliner Ring durch.

Dabei ist ihnen gegen 19.45 Uhr ein Pkw mit polnischem Kennzeichen aufgefallen, den sie aus dem fließenden Verkehr zur Anschlussstelle Freienbrink leiteten. Bei näherer Kontrolle des Fahrzeuges entdeckten die Zöllner im Kofferraum und auf der Rückbank, durch eine Decke vor Blicken von Außen abgeschirmt, insgesamt 40.200 un versteuerte Zigaretten.

Bei der Überprüfung der Personalien stellten die Zöllner fest, dass sie auf einen „alten Bekannten“ gestoßen sind, der wiederholt beim Schmuggeln von Zigaretten aufgegriffen worden ist. In der Vergangenheit haben die Zollbeamten bei ihm rund 200.000 Schmuggelzigaretten festgestellt.

Bei einer Kontrolle Anfang der vergangenen Woche fanden die Zöllner bei ihm rund 3.900 Euro, die auf Grund der laufenden Ausschreibung sofort gepfändet wurden. Gegen den 42-jährigen polnischen Staatsbürger leiteten die Berliner Zollbeamten ein weiteres Strafverfahren ein und erließen einen Steuerbescheid über rund 7.700 Euro Eingangsabgaben. Die Schmuggelzigaretten haben die Zöllner beschlagnahmt. Den von einer Frau gesteuerten Pkw haben die Zollbeamten noch vor Ort gepfändet. Auch sie ging als Halterin des Fahrzeuges den Zöllnern bereits mehrfach als Schmugglerin ins Netz und hat ihre Steuerschuld in Höhe von rund 27.000 Euro bisher nicht entrichtet.



## Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße

Die Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße trifft sich auch im Jahre 2010 regelmäßig *mittwochs* (außer Juli/August) - **15.00 Uhr** - hier die nächsten Termine:

**15. September**

**17. November**

**20. Oktober**

**08. Dezember (Weihnachtsfeier)**

### Gedenktafel

Wir betrauern den Tod unserer Mitglieder

N a m e	Geb.	Verstorben
<b>Klaus Rüs ch</b>	15.09.1963	07.01.2010
<b>Sabine Göhring</b>	26.05.1956	18.01.2010
<b>Jürgen Kessler</b>	06.09.1951	16.03.2010
<b>Waldemar Breuer</b>	02.02.1915	29.03.2010
<b>Heinz Puhlmann</b>	21.04.1916	13.05.2010
<b>Axel Heinrich</b>	17.03.1958	13.05.2010



# Wir gratulieren herzlich!

## Zum 70. Geburtstag

<b>Jürgen Koehn</b>	<b>25.04.</b>
<b>Wolfgang Bleeß</b>	<b>27.04.</b>
<b>Hans Hampf</b>	<b>09.05.</b>
<b>Walter Gresenz</b>	<b>28.05.</b>
<b>Wolfram Müller</b>	<b>13.06.</b>

## Zum 75. Geburtstag

<b>Claus Petrich</b>	<b>08.04.</b>
<b>Karl-Heinz Dahm</b>	<b>09.05.</b>
<b>Dieter Gerbl</b>	<b>09.05.</b>

## Zum 80. Geburtstag

<b>Lothar Grunau</b>	<b>11.04.</b>
<b>Willi Grunwald</b>	<b>05.05.</b>
<b>Helmut Matthes</b>	<b>28.06.</b>

## Zum 85. Geburtstag

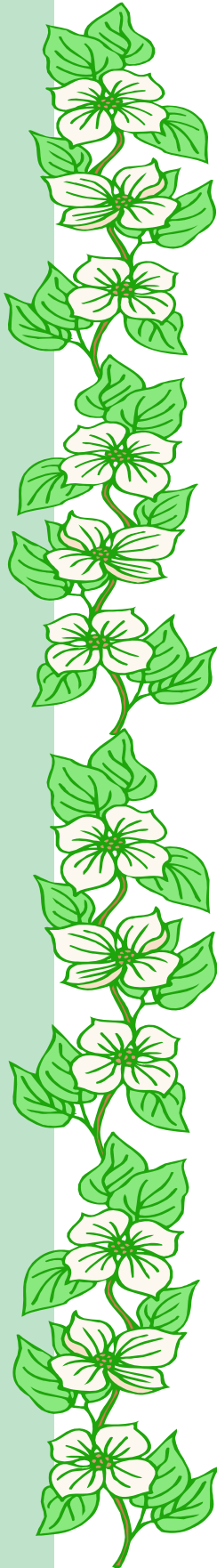
<b>Gerhard Grinda</b>	<b>01.06.</b>
-----------------------	---------------

## Zum 91. Geburtstag

<b>Wolf-Dietrich Haberstroh</b>	<b>18.04.</b>
---------------------------------	---------------

## Zum 95. Geburtstag

<b>Hans Brose</b>	<b>19.04.</b>
-------------------	---------------



**Wir gratulieren herzlich!**

---

## Neues Beihilfebearbeitungssystem

In den letzten Wochen erhielten Kolleginnen und Kollegen, *die vom Service-Center Beihilfe des BADV in Frankfurt (Oder) betreut werden*, zusammen mit ihren Beihilfebescheiden ein Informationsblatt des Bundesministeriums der Finanzen, Referat Z C 3, über die Entwicklung eines „zukunftsfähigen“ elektronischen Beihilfebearbeitungssystems, das künftig eine „schnellere Beihilfebearbeitung“ ermöglichen soll. Die Beschleunigung soll dadurch erreicht werden, dass die Beihilfeanträge und die damit eingereichten Belege in elektronischer Form erfasst, aufbereitet und dem jeweils zuständigen Beihilfe-Service-Center zu weiteren Bearbeitung zur Verfügung gestellt werden. Die elektronische Erfassung soll zentral beim

Bundesamt für zentrale Dienste  
und offen Vermögensfragen  
Scancentrum Beihilfe  
61300 Bad Homburg

erfolgen.

Die Beihilfeberechtigten aus dem Zuständigkeitsbereich des Service-Centers Frankfurt (Oder) werden nunmehr aufgefordert, ihre Beihilfeanträge **ab sofort** an dieses Scancentrum zu übersenden und ihre Aufwendungen ausschließlich mit ärztlichen/zahnärztlichen Zweitschriften, Duplikaten und von Apotheken mit Stempel beglaubigten Rechnungskopien zu belegen. Die Belege sollen dem Antragsteller künftig nicht mehr zurück gegeben, sondern vom Scancentrum spätestens sechs Monate nach der elektronischen Erfassung vernichtet werden. Bis zur Vernichtung sei es noch möglich, in „begründeten Fällen“ Rechnungsbelege zu reproduzieren. Dem vorletzten Absatz des Informationsblattes ist zu entnehmen, dass sich das neue Bearbeitungssystem in der Testphase befindet, die voraussichtlich Ende 2010 enden und danach in den Echtbetrieb übergeleitet werden soll.

Darüber hinaus erhielten die Beihilfe-berechtigten eine weitere Information über neue, ab sofort zu

verwendende Beihilfevordrucke, die inzwischen auch im Internetportal des BADV unter [www.dz-portal.de](http://www.dz-portal.de) zum Download zur Verfügung gestellt werden.

Dass auch in der Beihilfebearbeitung die Errungenschaften der Datenverarbeitung Einzug gehalten haben und weiter entwickelt werden, ist grundsätzlich zu begrüßen. Auch wird man sich an die neuen Vordrucke gewöhnen und die Papierersparnis bei Folgeanträgen gutheißen. Nicht zu akzeptieren ist jedoch, dass die mit dem Beihilfeantrag vorzulegenden Belege einbehalten und vernichtet werden sollen. Diese Verfahrensweise widerspricht zum Einen Artikel 1 § 17 Absatz 6 der Beihilfavorschriften (BhV), wonach die „Belege vor Rückgabe an den Beihilfeberechtigten von der Festsetzungsstelle als für Beihilfezwecke verwendet kenntlich zu machen sind“. Zum Anderen handelt es sich bei diesen Belegen um die einzigen dem Beihilfeberechtigten verbleibenden Nachweise über die vom Arzt bzw. Krankenhaus erbrachten, in Rechnung gestellten und bezahlten Leistungen bzw. über verordnete Medikamente etc., da die Originalbelege in der Regel von den Privaten Krankenkassen aufgrund vertraglicher Vereinbarungen einbehalten werden. Dass diese Unterlagen darüber hinaus Eigentum des Beihilfeberechtigten sind, sollte eigentlich auch Beachtung finden. Ebenso, dass es durchaus Beihilfeberechtigte geben soll, die kein Kopiergerät in ihrem Haushalt haben, um sich Drittausfertigungen ihrer Belege zu erzeugen, und die unter Umständen auch nicht in der Lage sind, einen „Copy-Shop“ aufzusuchen. Gerade dieser Personenkreis, es handelt sich hierbei u.a. um unsere Ruheständler, die schon allein durch die postalische Übersendung der Beihilfeanträge an ihre Festsetzungsstelle und dem damit verbundenen finanziellen Aufwand zusätzlich belastet sind, wurde bei dieser

„zukunftsorientierten“ Entwicklung eines neuen Beihilfebearbeitungssystems offensichtlich völlig außer acht gelassen.

Wir befinden uns, wie oben erwähnt, noch in einer sogenannten Testphase. Insofern werden wir den betreffenden Stellen unsere Einwendungen und Bedenken vortragen. Ihre Meinungen, Hinweise, Anmerkungen etc. zu der Thematik sind uns wichtig. Schreiben Sie uns bzw. seien Sie modern, nutzen Sie - wenn es Ihnen möglich ist - die elektronischen Kommunikationswege und „mailen“ Sie uns!

Den Beihilfeberechtigten, die vom Service-Center Beihilfe Frankfurt (Oder) des BADV betreut werden und damit an der Testphase teilnehmen, empfehlen wir, den an das Scanzentrum Beihilfe in Bad Homburg zu übersendenden Beihilfeanträgen einen Zusatzantrag beizufügen und darin ausdrücklich um die Rückgabe ihrer eingereichten Belege zu bitten.



Bonn, im März 2010

**Informationsblatt**  
**zum neuen Beihilfebearbeitungssystem in der Bundesfinanzverwaltung**

Das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) hat gemeinsam mit dem Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT) ein zukunftsfähiges elektronisches Beihilfebearbeitungssystem entwickelt. Während bisher lediglich die Beihilfeberechnung weitgehend elektronisch unterstützt wurde, werden künftig bereits alle mit dem Beihilfeantrag eingereichten Unterlagen in elektronischer Form erfasst.

Durch diese Modernisierung wird künftig eine **schnellere Beihilfebearbeitung** möglich.

Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Digitalisierungs- und Erkennungsarbeiten sollen für den Bereich der Bundesfinanzverwaltung zentral in einer beim BADV einzurichtenden Scan- und Belegerkennungsstelle abgewickelt werden. Diese Zentralstelle wird gegenwärtig in der BADV-Dienststelle in Bad Homburg aufgebaut und wird die aufbereiteten Daten allen Beihilfe-Service-Centern der Bundesfinanzverwaltung zur Verfügung stellen. Die Beihilfebearbeitung erfolgt also weiterhin durch das Ihnen bekannte zuständige Service-Center, lediglich die Anträge werden an einer zentralen Stelle erfasst.

Zur weiteren Beschleunigung der Beihilfebearbeitung können Sie beitragen, in dem Sie ab sofort Ihre Beihilfeanträge an folgende Adresse richten:

**Bundesamt für zentrale Dienste  
und offene Vermögensfragen  
Scanzentrum Beihilfe  
61300 Bad Homburg.**

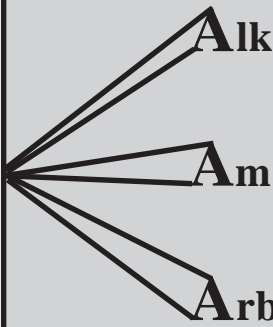
Sollten Sie Ihren Beihilfeantrag wie bisher an das für Sie zuständige Service-Center richten, ist dennoch die Weiterleitung gewährleistet.

**WICHTIG! Bitte fügen Sie Ihrem Beihilfeantrag nur noch ärztliche Zweitschriften bei!**

Für die Beihilfeabrechnung werden nur noch die ärztlichen oder zahnärztlichen Zweitschriften, Duplikate von Krankenhausabrechnungen oder sonstigen Leistungserbringern sowie die von der Apotheke mit Stempel beglaubigten Rechnungskopien benötigt. Diese werden nach Abschluss der Testphase (voraussichtlich Ende 2010) nicht mehr zurück gesandt, sondern in der Zentralstelle spätestens sechs Monate nach der elektronischen Erfassung vernichtet. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es möglich, in begründeten Fällen Ihren Rechnungsbeleg zu reproduzieren.

**WICHTIG! Bitte heften, klammern oder verkleben Sie die Rechnungsbelege nicht!**

Diese und weitere Informationen finden Sie auch auf der Internet-Seite des BADV ([www.dz-portal.de](http://www.dz-portal.de)).



**- Aufklärung**  
**- Vorbeugung**  
**- Hilfsangebote**

**Eberhard Altmann: 0331/2308-318**  
**Michael Lauter: 030/4101-3131**  
**Eberhard Wauer: 0179/6880170**

Das sind Ihre Ansprechpartner des BDZ-Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg:  
 (auch auf unserer Homepage: [www.bdz-bb.de](http://www.bdz-bb.de))



Andreas Schwenke

Vorsitzender

Schwenke,  
Andreas

BFD Mitte,  
Fax:

HZA Frankfurt/Oder  
 (0335) 563 - 1202  
 (0335) 563 - 1201 o.  
DO Potsdam  
 (0331) 64 61 - 593  
 (0331) 64 61 - 592  
 Fax: (0331) 64 61 - 599  
 E-mail: [post@bdz-bb.de](mailto:post@bdz-bb.de)



Katrin Janus

Stellv. Vors.

Janus,  
Katrin

HZA Potsdam,

Vollstreckung/Personalrat  
 (0331) 2308 - 157



Sylvio v. Kopp

Stellv. Vors.

v. Kopp,  
Sylvio

ZKA Köln,

ZFA Berlin-Brandenburg  
 (030) 69583 - 555

Stellv. Vors.

Büttner,  
Uwe

BFD Mitte,

DO Potsdam  
 (0331) 64 61 - 594

Stellv. Vors.

Fischer,  
Wolfgang

BFD Mitte,

DO Potsdam  
 (0331) 64 61 - 596



Uwe Büttner

Erster Rechnungsführer

Walz  
Kerstin

BFD Mitte,

DO Potsdam  
 (0331) 64 61 - 592

Zw. Rechnungsführer

Gall,  
Ingrid

OV Flughäfen,

Berlin  
 (030) 80902320

Erster Schriftführer

Zander,  
Hartmut

OV Plessow,

Stahnsdorf  
 (03329) 62369

Zweiter Schriftführer

Meutzner,  
Mandy

HZA Frankfurt/O.,

Präv. FKS Cottbus  
 (0355) 3573 - 0



Wolfgang Fischer

Beitrittserklärung zum BDZ  
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft  
Mitglied im dbb-beamtenbund und tarifunion



Dienststelle: \_\_\_\_\_

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum BDZ mit Wirkung vom \_\_\_\_\_ .

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Amtsbez.: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Wohnanschrift: \_\_\_\_\_

Kenn-Nr. bei der Besoldungsstelle: \_\_\_\_\_

Mit der Einbehaltung des Mitgliedsbeitrages von meinen Bezügen durch das Bundesamt für Finanzen - Bundesbesoldungsstelle- bin ich einverstanden.

Meine Daten werden - nur für interne Zwecke - in Datenverarbeitungsanlagen gespeichert.

Ich gehöre einer anderen Gewerkschaft an: ja / nein

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### Änderungsanzeige

An den Bezirksverband  
Berlin-Brandenburg  
über den

**Ortsverband:** \_\_\_\_\_

**Name:** \_\_\_\_\_ **Vorname:** \_\_\_\_\_

**geb. am:** \_\_\_\_\_

**Umzugsmeldung:**

Alte Anschrift: \_\_\_\_\_

Neue Anschrift: \_\_\_\_\_

**Namenswechsel:**

Neuer Name: \_\_\_\_\_

